

Original : KT P.B. 58,73. RFA-RDA sd. vernichten
 Kopien : BRF JAC DD KJP SIN SI GRN DY LH LA GWB PB
AY AJ MA SFR BOD AX WOK CFR WI GH SRU RAE
 Kopie nach Kenntnisnahme vertraulich vernichten !

b o n n. 26.04.1990

15.30 h

00114 hhhhh

direktion fuer voelkerrecht

kopie an: - pol. abt. i
 - pol. sekretariat
 - botschaft berlin/ddr

vermoegensrechtliche ansprueche gegenueber der ddr

am fande von verschiedenen gespraechen ueber die deutsche wiedervereinigung mit vertretern der ministerien und des bundestages habe ich meinen partnern jeweils die frage nach der uebernahme der voelkerrechtlichen verpflichtungen der ddr durch ein neues gesamtdeutschland gestellt (ueber mein gespraech mit dem stellvertreter des rechtsberaters dr. oesterheldt habe ich frueher berichtet).

gestern traf ich den bundestagsabgeordneten dr. doerflinger (cdu, baden-wuerttemberg). er ist mitglied einer kommission, die sich mit der frage des schicksals von in der ddr liegenden vermögenswerten befasst, die von uebersiedlern, bzw. fluechtlingen vor und nach dem bau der mauer zurueckgelassen worden waren.

obwohl die rechtsslage fuer schweizerbuerger, die ueber vermoege in der ddr verfuegen, nicht zuletzt wegen der lastenausgleichsgesetzgebung verschieden ist, besteht m.e. unsererseits durchaus ein interesse daran, wie diese problematik im innerdeutschen kontext geloest wird, da gewisse entscheidungen grundsaeztlicher art mit bestimmtheit praesjudizierend fuer die behandlung der kategorie der nichtdeutschen wirken werden.

der ganze fragenkomplex ist von einer nicht zu unterschaeztenden politischen brisanz. in der bundesrepublik lebt ca. eine million menschen, die vermoege in der ddr hat. diesen stehen jene hunderttausende ddr-buerger gegenueber, die mit staatlichem segen, vor allem im bereich der immobilien, davon profitieren: sie wohnen seit jahren und jahrzehnten in haeusern, die ihnen der staat zugewiesen hat, fuer die sie nur eine symbolische miete bezahlen, die aber jetzt von den urspruenglichen eigentuern reklamiert werden und wohl zu westlichen mietansaetzen weitervermietet werden. andere haben vom staat gutglaeubig grundeigentum erworben und befuerchten jetzt, dieses an die seinerzeit enteigneten westdeutschen mitbuerger zurueckgeben zu muessen. kurz: es liegt hier ein sozialpolitisches dilemma vor, dessen konsequenzen jetzt noch nicht absehbar sind, und das bei wahlen mitausschlaggebend sein koennte.

27.04.1990 10.00h -o- bma



es erstaunt denn auch nicht, dass de maiziere in seiner regierungserklaerung so weit als moeglich auf die beibe-

haltung des status quo, der geschaffenen fakten pochte. nach doerflinger tat er dies weniger aus ueberzeugung als vielmehr aus wahltaktischen gruenden im hinblick auf die kommunalwahlen vom 6. mai. de maiziere sei sich bewusst, dass eine liberale wirtschaftsordnung nicht auf einem fundament willkuerlicher grundstueckspolitik aufgebaut werden koenne, und fuer die bonner regierung sei derartiges ueberhaupt nicht diskutabel, es ist in der tat wahltaktisch leichter verkräftbar, die betroffenen ddr-buerger zu verprellen als die eine million westdeutschen geschaedigten.

doerflinger sagte mir, dass sich seine kommission bisher nicht bewusst gewesen sei, dass das problem auch eine internationale komponente habe, man sei davon ausgegangen, dass es sich um eine rein innerdeutsche sache handle. er erkundigte sich nach unseren ansichten ueber allfaellige loesungsmoeglichkeiten, worauf ich ihm antwortete, dass der meinungsbildungsprozess noch nicht abgeschlossen sei, ich mir aber vorstellen koenne, dass die option der natural-restitution auf jeden fall offen sein sollte. er fragte des weitern nach den voelkerrechtlichen normen, die wir unseren entschaedigungsforderungen zugrunde legen, sie koennten s.e. allenfalls in die kommissionsdebatte eingebracht werden und dort als argumentationshilfe verwendung finden. er waere jedenfalls dankbar, wenn wir ihm eine kurze dokumentation ueber unsere ansprueche zugehen lassen koennten.

falls sie der auffassung sind, dass unsere ansprueche gegen die ddr in dem gegenwaertig laufenden meinungsbildungsprozess auch in der legislative jetzt schon eingebracht werden sollten, bitte ich sie um ueberlassung einer kurzen dokumentation ueber unsere anspruchskategorien, die m.e. nicht ueber das hinausgehen sollte, was wir bei anfragen unserem parlament zur verfuegung stellen. ich wuerde sie dann an doerflinger weiterleiten.

in der regierung ist der meinungsbildungsprozess ebenfals in vollem gange. fuer die innerdeutschen aspekte ist das justizministerium federfuehrend, waehrend man hinsichtlich der voelkerrechtlichen aspekte im auswaertigen amt noch nicht ueber das hinausgekommen ist, was in meinem letzten bericht stand.

erwaehung verdienen vielleicht noch zwei stimmen:

- der mitarbeiter des fuer ddr-fragen zustaeendigen kanzleramtsministers seiters liess mich gestern wissen, dass er eine "uebernahme" der verhandlungen durch eine neue gesamtdeutsche regierung mit dem ziel einer globalentschaedigung fuer sinnvoller und praktikabler als natural-restitutionen halte,

.).

- der fuer berlin und gesamtdeutschland zustaeendige referatsleiter im auswaertigen amt liess mich heute wissen, dass die udssr im rahmen der 2 + 4-gespraechе postuliert, die frage der uebernahme voelkerrechtlicher verpflichtungen

sei innerhalb dieses forums zu loesen und entziehe sich der zustaeendigkeit der beiden deutschen staaten (dieser position duerften m.e. aber in erster linie sicherheitspolitische ueberlegungen - stichwort wapa-zugehoerigkeit der ddr - zugrunde liegen).

fazit:

- der meinungsbildungsprozess ist hier in vollem gange, praejudiziert ist bisher noch nichts. es scheint mir aber sinnvoll, den dialog mit den deutschen ueber diese frage aufzunehmen, sei dies im rahmen der jaehrlichen konsultationen zwischen den beiden rechtsberatern (die m.e. vorgezogen werden sollten), oder sei dies mittels einer sensibilisierungsmission von minister godet,

- angesichts der oben beschriebenen ausfuehrungen de maizieres zu diesem problemkreis ist m.e. mit einer grundsaeztlichen aenderung der bisherigen ddr-position nicht zu rechnen. seine regierung duerfte wohl weiterhin auf den abschluss eines globalabkommens mit moeglichst niedriger summe hinwirken.

ich bitte sie um bericht. leutert

ambasuisse